

Gesundheit ist ein hohes Gut

Gesundheitspolitiker und Lobbyisten befinden über die Beiträge für Arbeitnehmer und Rentner – der Bundestag ist dafür nur die optische Bühne

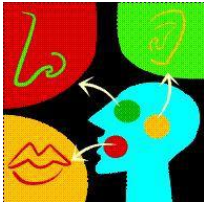
(Januar 2016)

Auf dem Terrain des Gesundheitswesens und bei der Beobachtung des Verhaltens und der Äußerungen von Gesundheitspolitikern im Bund und auch in den Ländern stellt man sehr schnell Sprechblasen, Ausreden und Ausflüchte fest, die nichts oder sehr wenig mit einer qualitätsorientierten Leistung zur Abwendung und Gesundung von Krankheiten der Bürger zu tun haben.

Fachliche Vorbildungen und Berufserfahrungen aus dem Gesundheitswesen haben nur ganz wenige Volksvertreter. Die meisten sind von der eigenen Fraktionsführung in den Gesundheitsausschuss beordert worden und werden von den Lobbygruppen vereinbart. Die im Ausschuss arbeitenden Abgeordneten von der Partei „Die Linke“ nehme ich hier wegen ihrer abstrusen sozialistischen Vorstellungen ausdrücklich aus.

Der sich in der Parlamentsarbeit nicht so recht auskennende Bürger hat sicher nur geringe Vorstellungen davon, wen ich mit Lobbyistengruppen meine. Es sind Persönlichkeiten, die gezielt aus ihren Verbänden und Unternehmen die persönlichen Kontakte mit den Abgeordneten aus dem Ausschuss und den Ministerialbeamten im Gesundheitsministerium in Berlin und den Regierungszentren der Bundesländer pflegen. Diese Personen sind mit finanziellen Kompetenzen ausgestattet, um Empfänge, Abendessen, Weiterbildungen und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren. Der Zweck ist die Einflussnahme, um sich Vorteile in Gesetzesänderungen zu verschaffen. Darüber hinaus besucht der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung regelmäßig den beamteten Staatssekretär und einflussreiche Ministerialbeamte im Bundesgesundheitsministerium, genauso wie der Vorsitzende der Bundesärztekammer, der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft und die Hauptgeschäftsführerin des Pharmazeutischen-Verbandes. Die Vorstandschefs der großen Krankenkassen gehen ein und aus beim Minister, Vorstandsvorsitzende der Pharmaunternehmen werden im Bundeskanzleramt empfangen, damit ihre Vorstellungen von Gesundheitspolitik Gehör finden!

Qualifizierte Fach-Mitarbeiter der erwähnten einflussreichen Verbände werden ins Bundesgesundheitsministerium zur Mitarbeit für befristete Zeit bei anstehenden Reformen eingesetzt. Auch der Verfasser dieses Artikels gehörte in den 90er Jahren dazu.



Gesundheit ist ein hohes Gut

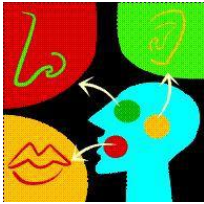
Die Abgeordneten des Gesundheitsausschusses werden zu Round-Table-Gesprächen einbezogen und so indirekt von der Ministerialbürokratie und von den vielen Lobbyistenvertretern beeinflusst.

Vorläufer der gesetzlich beabsichtigten Änderungen und Ergänzungen des Sozialgesetzbuches Fünf ist der sogenannte „Referenten-Entwurf.“

Dabei geht der geringste Anstoß beim Inhalt von den gewählten Abgeordneten aus. Absolut sicher ist, dass viele Zustimmungskriterien von den vielen Interessenvertretern – darunter sind keine Versicherten– im Referenten-Entwurf enthalten sind. Die Krankenkassen geben zwar vor, die Interessen ihrer Versicherten zu vertreten, aber im Regelfall sind es eigene finanziell/betriebliche Interessen. Nach den parlamentarischen Anhörungen der vielen Gesellschaftsgruppen, der Parteienmeinungen –wie auch immer diese inhaltlich zustande gekommen sind – wird von der Ministerialbürokratie ein Gesetzestext entworfen. Parallel dazu werden dann die Begründungen für das Parlament und für die Ministerien der Bundesländer, aber auch für die Medien, erstellt. Die Zustimmungsmaschinerie in den Mehrheitsfraktionen wird dann in Gang gesetzt.

Wer wundert sich da noch, wenn sich der Bürger nicht mehr im Wust der Gesetzestexte zurechtfindet und nicht mehr versteht, warum die Bestimmungen in der Kranken- und Pflegeversicherung so kompliziert und überwiegend zum Vorteil der Leistungserbringer geregelt sind? Es ist also kein Wunder, wieso die Beitragsregelungen so unsozial sind und die Zweiklassenmedizin nie ernsthaft von den vielen gesellschaftlichen Gruppen – mit Ausnahme der Versicherten - in Frage gestellt wird. Die Zusage der gegenwärtigen Bundesregierung steht: Das geltende Recht – mit der Festschreibung der Begrenzung des Arbeitgeberanteils – bleibt solange aufrecht erhalten, bis die einheitliche Gesundheitsprämie mit den individuellen Beitragsfestlegungen der einzelnen Krankenkassen politisch eingeführt werden kann. Niemand sollte allerdings glauben, dass nur die gegenwärtige Bundesregierung die Beeinflussung der Lobbyisten zulässt. Auch unter direkter Verantwortung der Sozialdemokraten mit den Grünen war es nicht anders.

Fragen Sie sich, verehrte Leser, nicht auch, warum die möglichen hohen Einsparpotentiale wegen der nachweisbaren hohen Unwirtschaftlichkeiten in den Strukturen des Gesundheitswesens und die vielen Missbräuche, ausgelöst von den Leistungserbringern, aber auch von den Krankenkassen, nicht von der Politik beseitigt werden? Klar gibt es eine Aufsichtsbehörde für die Krankenkassen, nennenswerte Beanstandungen im Sinne der Beitragszahler sind nicht auszumachen. Sachkenner schätzen die Einsparpotentiale auf mindestens bis zu 30 Milliarden Euro. Die in 2015 eingetretenen erneuten Beitragssatzerhöhungen und die erneuten Erhöhungen der Zusatzbeiträge – bis hin von 1,5 % ab 2016 - für die Mitglieder der Krankenkassen könnten absolut verhindert werden.



Gesundheit ist ein hohes Gut

Konsequenzen für eine gesicherte medizinische Versorgung im Krankheitsfall auf hohem Niveau würden nicht eintreten. Die erwähnten Einspargrößenordnungen, ohne Konsequenzen für Kranke - sind im Artikel von mir im vorigen Monat definiert worden und ebenfalls auf meiner Website nachlesbar.

Dieser Aufsatz sollte bewirken, dass der angeführte Missstand der Einflussnahme von Lobbyisten im Gesundheitswesen bekannter wird. Unsere Volksvertreter im Bundestag und in den Länderparlamenten könnten theoretisch für Abhilfe sorgen. Ich fürchte, die Parteien haben, falls sie es ernsthaft wollten, nicht mehr die Kraft zu derartigen Entscheidungen. Kommt man ins Gespräch mit Abgeordneten, so heißt die Antwort: „Bei der Gesetzesvorlage verlasse ich mich auf meine Kollegen, die sich damit im Ausschuss auseinander gesetzt haben!“

Meine Empfehlung ist: Setzen wir uns zur Wehr und versuchen mehr Aufklärung an der Basis der Parteien zu verlangen. Die Zeitungen und Zeitschriften sind so stolz auf „ihre Meinungsvielfalt“, sind aber wenig daran interessiert, die Interessen der Beitragszahler und die der Versicherten zu Wort kommen zu lassen.

Lemwerder, Januar 2016

Günter Steffen